Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Die Bundesregierung hat den Bezug zur Wirklichkeit verloren
2. Analyse zu Covid-Protesten: Wer Corona-Kritiker Dummköpfe nennt, gefährdet die Demokratie
3. Gesundheitsämter und COVID-19: Maßgeschneiderte Eindämmungsinterventionen
4. Kleine Anfrage im Bundestag Bundesregierung hat bislang kaum Informationen über Long Covid
5. Boris Palmer – vom Querulanten zum Vorbild
6. Pressemitteilung des Amtsgerichts Weimar vom 12.04.2021
7. Douglas, MediaMarkt-Saturn, Esprit: Alarm in den Innenstädten – 120.000 Läden vor dem Aus
8. Bruttolöhne und -gehälter und Renten langfristig deutlich gestiegen
9. Ich arbeite als Teilzeitfahrer bei Amazon — so tricksen wir, um die strengen Regeln und die ständige Überwachung zu umgehen
10. Sozialpolitik: EU-Politiker wollen Gewerkschaften mehr Macht geben
11. „Traumberuf“ PilotIn und FlugbegleiterIn?
12. Interne Prüfung: Haben Bafin-Mitarbeiter mit Gamestop-Aktien spekuliert?
13. Streit um Nord Stream 2: Die USA wollen die Fertigstellung um jeden Preis verhindern
14. Iranverhandlungen in Wien: wenig hoffnungsvoll
15. „Die Selbstgerechten” von Sahra Wagenknecht: Eine Kritik

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Die Bundesregierung hat den Bezug zur Wirklichkeit verloren**
   Die Bundeskanzlerin und ihr Corona-Krisenteam haben bei der Pandemiebekämpfung

vor allem eins gemacht: Fehler. Nun soll die Einflussnahme der Länder beschnitten werden. Dem und Merkels Corona-Politik muss Einhalt geboten werden.
„Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode“, heißt es in Hamlet, Shakespeares Drama um den wahnsinnigen Prinz von Dänemark. Warum kommt einem dieser Satz gerade jetzt in den Sinn?
Die Bundesregierung hat in den 14 Monaten der Corona-Krise alles versäumt, was zu versäumen war: Es gibt bis heute keinen nationalen Krisenstab, zu wenige belastbaren Zahlen über das Virus und dessen Ansteckungswege; es gibt keine vernünftige Aufrüstung des Gesundheitswesens, es gibt viel zu wenig Impfstoff.
Das alles hätte Bundessache sein müssen. Und in dieser Lage will Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nun ein Gesetz durch Bundestag und Bundesrat peitschen, das es ihr erlaubt, die in Landkreisen und Bundesländern vorhandene Restvernunft zu übersteuern. Im Namen von Merkels radikaler „No Covid“-Strategie soll der deutsche Föderalismus ausgehebelt werden – jenes Verfassungsprinzip, das 1949 gegen zentralistische Herrschaftsfantasien festgeschrieben wurde.
Quelle: Susanne Gaschke auf Welt Online

dazu: Nach Schätzungen des Kanzleramts: Lockdown könnte bis Ende Mai oder Mitte Juni dauern
Die Bundesregierung erwartet noch mehrere Wochen eine verschärfte Infektionslage. Die per Bundesgesetz geplanten Maßnahmen könnten länger gelten als gedacht.
Quelle: Tagesspiegel

2. **Analyse zu Covid-Protesten: Wer Corona-Kritiker Dummköpfe nennt, gefährdet die Demokratie**
   Wenn Kritiker einfach deswegen als Feinde der Demokratie betrachtet werden, weil sie einzelne Massnahmen der Corona-Bekämpfung kritisieren, dann gefährdet das die Demokratie.
   Demokratie lebt von Kritik, Demokratie lebt vom Protest; sie lebt auch vom Protest einer Minderheit, und zwar gerade dann, wenn die Mehrheit den Protest als völlig unberechtigt oder als überzogen betrachtet.
   Bei den jahre- und jahrzehntelangen Protesten gegen die Kernenergie hat sich gezeigt, wie aus einer ursprünglichen Minderheitenposition im Lauf der Zeit eine Mehrheitsposition geworden ist. Und es hat sich gezeigt, wie aus dem Protest die Kraft wuchs, nach anderen Wegen der Energieerzeugung zu suchen.
   Quelle: Heribert Prantl im Tagesanzeiger
3. **Gesundheitsämter und COVID-19: Maßgeschneiderte Eindämmungsinterventionen**

Bei allen Experten, die in dieser Krise beraten, sind die Amtsärzte bisher kaum gefragt. Dabei ist die umfangreiche und hoch spezialisierte Ausbildung dieser Ärztinnen und Ärzte eine wichtige Säule im Prozess der interdisziplinären Lösungsfindungen. Zusammen mit den schon etablierten Beratern der Politik könnten Impulse für gangbare Wege gefunden werden. Die Erfordernisse für den Schutz der Bevölkerung kennen die Gesundheitsämter seit Jahrzehnten aus der direkten Praxis. Bisher wurden die Gesundheitsämter am Diskurs der Zielmarken nicht beteiligt, ihre Arbeitsfähigkeit wurde allein an politisch festgelegten Zielgrößen definiert. Dabei ist die Lage spätestens seit Beginn der Impfungen komplexer, als es die 7-Tages-Inzidenz vermuten lässt.
Die Problematik im aktuellen Diskurs ist schlicht: Es fehlt an unterschiedlichen Perspektiven. Wir müssen die Entweder-oder-Logik der No-COVID-Strategie zugunsten gut durchdachter, regionaler Stufenpläne verlassen. Allerdings hat sich die politische Beratung an den Wocheninzidenzen von wahlweise 50 oder 100 pro 100 000 Einwohner verbissen. Dabei werden vier Dinge außer Acht gelassen:
Quelle: Ärzteblatt

4. **Kleine Anfrage im Bundestag: Bundesregierung hat bislang kaum Informationen über Long Covid**
   Wie viele Patienten in Deutschland leiden unter den Spät- und Langzeitfolgen einer Covid-19-Erkrankung? Wie werden sie versorgt? Die Bundesregierung hat darauf keine Antwort – und riskiert einen Versorgungsengpass.
   Rund ein Jahr nach Beginn der Coronapandemie hat die Bundesregierung noch kaum einen Überblick, wie viele Menschen in Deutschland unter Spät- und Langzeitfolgen des Virus leiden. Das ergibt sich aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünenfraktion im Bundestag, die dem SPIEGEL vorliegt.
   »In Deutschland liegen noch keine eigenen Daten zur Anzahl der Patientinnen und Patienten mit Spät- und Langzeitfolgen in Folge ihrer Covid-19-Erkrankung sowie zu besonders betroffenen Altersgruppen vor«, heißt es darin. Als Grund dafür gibt die Bundesregierung an, dass Spätfolgen bislang vom Robert Koch-Institut (RKI) nicht regulär im Meldesystem erfasst werden. Es liefen jedoch Studien, von denen unter anderem auch Erkenntnisse zu Long Covid zu erwarten seien.
   Quelle: DER SPIEGEL
5. **Boris Palmer – vom Querulanten zum Vorbild**
   Der “Tübinger Weg” für testbegleitete Öffnungen sorgt für Furore in der Coronakrise. Anfangs wurde der grüne Oberbürgermeister dafür belächelt, dann hart kritisiert, jetzt bekommt er sogar Morddrohungen. Der Querulant Palmer suchte, wie schon in der Flüchtlingskrise, eigene Wege und mausert sich zusehends zum Vorbild für ganz Deutschland – und zum Kretschmann-Nachfolger in Baden-Württemberg.

Quelle: GMX

6. **Pressemitteilung des Amtsgerichts Weimar vom 12.04.2021**
   Am 08.04.2021 hat ein Einzelrichter des Amtsgerichts Weimar als Familienrichter im Wege der einstweiligen Anordnung ohne mündliche Verhandlung eine Entscheidung zu den Infektionsschutzmaßnahmen an zwei Weimarer Schulen erlassen.
   Die 192 Seiten umfassende Entscheidung des Einzelrichters weist als Verfahrensbeteiligte zwei minderjährige Kinder, gesetzlich vertreten durch ihre Mutter, sowie den durch den Einzelrichter bestellten Verfahrensbeistand auf.
   Der Einzelrichter ist davon ausgegangen, dass die Überprüfung von Infektionsschutzmaßnahmen zur Zuständigkeit der Familiengerichte gehört und hat die Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges verneint.
   Als Rechtsgrundlage für die Begründetheit seiner Entscheidung hat der Einzelrichter § 1666 BGB angewandt.
   Das Lüften der Klassenzimmer hat der Einzelrichter nicht untersagt.
   Der Beschluss ist grundsätzlich nicht anfechtbar. Da die Entscheidung ohne mündliche Verhandlung ergangen ist, ist auf Antrag auf Grund mündlicher Verhandlung erneut zu entscheiden.
   Quelle: Amtsgericht Weimar
7. **Douglas, MediaMarkt-Saturn, Esprit: Alarm in den Innenstädten – 120.000 Läden vor dem Aus**
   Esprit, Media-Markt-Saturn, Douglas: Bundesweit streichen immer mehr Handelsketten ihre Filialnetze zusammen. Für Einkaufsstraßen und Shoppping-Center bedeutet das nichts Gutes.
   Düsseldorf – In den deutschen Innenstädten prägten jahrelang große Handelsketten wie Douglas, Esprit oder Media-Markt-Saturn das Bild. Doch jetzt drohen tiefe Einschnitte. Denn wegen der Corona-Pandemie und des Siegeszugs des Onlinehandels streichen zahlreiche Handelsketten ihre Filialnetze radikal zusammen. Das reißt immer größere Lücken in den Innenstädten und Shopping-Centern.
   Wie ernst die Lage ist, zeigte sich erst am Mittwoch (31. März) wieder. Deutschlands größter Elektronikhändler Media-Markt-Saturn will bis zum Herbst 2022 hierzulande 13 seiner insgesamt 419 Märkte schließen, bis zu 1000 Mitarbeiter müssen gehen. Das erklärte die Deutschland-Geschäftsführung des Unternehmens in einem Brief an die Mitarbeiter.
   Quelle: Merkur
8. **Bruttolöhne und -gehälter und Renten langfristig deutlich gestiegen**
   Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer in Deutschland sind nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Jahr 2020 gegenüber 2019 nominal (nicht preisbereinigt) um 0,1 % zurückgegangen. Wie das

Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, haben die Corona-Krise und der daraus resultierende massive Anstieg der Kurzarbeit sowie der starke Rückgang der Zahl der geringfügig Beschäftigten die Lohnentwicklung stark beeinflusst und dazu geführt, dass 2020 erstmals seit der deutschen Vereinigung die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter rückläufig waren. Deutlich niedrigere Durchschnittsverdienste als 2019 gab es insbesondere in der Luftfahrt, bei Reisebüros und Reiseveranstaltern, im Gastgewerbe sowie im Handel. Im Zeitraum von 2010 bis 2020 sind die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer um 28,5 % gestiegen, die jährliche Zuwachsrate lag bei durchschnittlich 2,5 %.
Quelle: Statistisches Bundesamt

Anmerkung unseres Lesers H.A.: *Ein Beispiel für eine besonders plumpe Nachrichtenmanipulation des Stat. Bundesamts: Aus sinkenden Nominallöhnen (2020) werden langfristig steigende (Nominal)löhne. Eine schlechte Nachricht wird zu einer falsch positiven Nachricht. Falsch positiv, weil die nominale Steigerung bekanntlich nichts über die Reallohnentwicklung sagt, die in den frühen 2000ern durchaus rückläufig war. Die politische Abhängigkeit von Destatis ist offenbar ein Problem.*

9. **Ich arbeite als Teilzeitfahrer bei Amazon — so tricksen wir, um die strengen Regeln und die ständige Überwachung zu umgehen**
Der Amazon-Fahrer Jay (Name geändert) liefert seit 2019 in Teilzeit Pakete für Amazon im ländlichen Michigan aus. Aus Angst davor, seine Stelle zu verlieren, will er anonym bleiben. Seine Identität wurde von Insider verifiziert.
Ich begann 2019 in Teilzeit als Fahrer für Amazon zu arbeiten, nachdem ich online eine Ausschreibung gesehen hatte. Ich bin gerne unterwegs und da ich ein paar zusätzliche Dollar gebrauchen konnte, habe ich mich beworben. Mein Anfangsgehalt betrug 16 Dollar pro Stunde. Nach einem Jahr wurde mein Lohn um 0,25 Dollar pro Stunde erhöht. Erst kürzlich erhielten die Fahrerinnen und Fahrer auch einen Covid-19-Bonus — Teilzeitkräfte wie ich bekamen 150 Dollar.
Es ist kein Geheimnis, dass Amazon den Großteil seiner Lieferungen über externe Lieferdienstleister abwickelt. Obwohl ich also ausschließlich Amazon-Pakete ausliefere und Markenkleidung mit dem Amazon-Logo trage, arbeite ich nicht wirklich für Amazon.
Quelle: Business Insider

dazu: Gewerkschaften in den USA: Eine Niederlage und dann auch noch gegen Amazon. Zugleich werden die bitteren Folgen der Atomisierung gewerkschaftlicher Gegenmacht in Dollar und Cent erkennbar. Und warum das auch für Deutschland relevant ist

Fast alle klagen über die Folgen und die Belastungen durch die Corona-Pandemie und die Liste der Verlierer wird immer länger. Aber nicht wirklich alle werden darin einstimmen – denn wie immer gibt es auch Gewinner. Und ein Gewinner steht definitiv fest: Amazon. Schon das erste Corona-Jahr, also 2020, war ein „Geschenk“ für diesen global aufgestellten Konzern.
Quelle: Aktuelle Sozialpolitik

10. **Sozialpolitik: EU-Politiker wollen Gewerkschaften mehr Macht geben**
Höhere Mindestlöhne, Tarifverträge für deutlich mehr Bürger: Das EU-Parlament diskutiert über einen brisanten Vorstoß. Er dürfte Arbeitgeber erzürnen.
Der Vorstoß wird Gewerkschaften erfreuen und Arbeitgeberverbände erzürnen. Das Europaparlament debattiert demnächst über den Richtlinienentwurf zu Mindestlöhnen und Tarifbindung, den die EU-Kommission im Herbst präsentiert hat. Zwei Parlamentarier sind als sogenannte Berichterstatter zuständig für den Rechtsakt: die niederländische Sozialdemokratin Agnes Jongerius und der CDU-Abgeordnete Dennis Radtke, der sozialpolitische Sprecher der christdemokratischen EVP-Fraktion. Das Duo hat sich bereits auf diverse Änderungsvorschläge für das EU-Gesetz geeinigt – und die sind brisant.
Der Süddeutschen Zeitung liegt der 41-seitige Entwurf der beiden mit allen Änderungen vor. Die Politiker wollen die ohnehin umstrittene Richtlinie demnach deutlich verschärfen. Ein wichtiges Anliegen ist ihnen, dass viel mehr Europäer von Tarifverträgen geschützt werden. Regierungen soll es verboten werden, gewerkschaftsfeindliche Gesetze zu erlassen; im Gegenteil sollen die Hauptstädte Aktionspläne zur Erhöhung der Tarifbindung aufstellen, also des Anteils der Arbeitnehmer, deren Betrieb von Gehaltstarifverträgen erfasst wird.
Quelle: Süddeutsche
11. **„Traumberuf“ PilotIn und FlugbegleiterIn?**
Angetrieben durch die technologischen Fortschritte seit dem Beginn der gewerblichen Luftfahrt in den 1920ern und dem massiv gestiegenen Preiswettbewerb der letzten Jahre unter den Fluggesellschaften, hat sich das Berufsbild des fliegenden Personals massiv verändert. Vom ehemaligen Traumberuf, der mit Exklusivität, Weltoffenheit und Status verbunden war, entwickeln sich die Berufsbilder PilotIn und FlugbegleiterIn immer mehr zu äußerst stressbelasteten Tätigkeiten mit vergleichsweise hohen Gesundheitsrisiken, die zudem mit zunehmend prekären Beschäftigungsbedingungen und Gehältern einhergehen, wie eine aktuelle Studie aufzeigt.
Quelle: A&W blog
12. **Interne Prüfung: Haben Bafin-Mitarbeiter mit Gamestop-Aktien spekuliert?**

Die Finanzaufsicht prüft, ob sich zwei Mitarbeiter an den Spekulationen rund um die Aktien von Gamestop und AMC beteiligt haben. Denn: Spekulative Handelsgeschäfte sind bei der Bafin inzwischen verboten.
Die Finanzaufsicht Bafin untersucht in zwei Fällen, ob Mitarbeiter unerlaubt spekulative Aktiengeschäfte getätigt haben. Die Geschäfte waren bei einer Untersuchung von Mitarbeitergeschäften mit Aktien der US-Unternehmen Gamestop und AMC Entertainment aufgefallen. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des Finanzexperten der Linken im Bundestag, Fabio de Masi, hervor. Darüber hatte zuvor das „Handelsblatt" berichtet.
Die Kurskapriolen des amerikanischen Videospielehändlers Gamestop hielten die Börsen über Wochen in Atem, ebenso die Spekulationen um Papiere der Kinokette AMC. Der Wert der Aktien hatte sich teils deutlich erhöht. Bei Gamestop etwa hatten Kleinanleger mit konzertierten Käufen Hedgefonds gezwungen, ihre Wetten auf einen Kursverfall der Papiere aufzulösen. Dies bescherte der Aktie teils deutliche Kursgewinne.
Die Bundesregierung verwies darauf, dass es sich bei Gamestop und AMC um amerikanische Unternehmen handele und Aktien dieser Unternehmen nicht dem Handelsverbot der Bafin für private Finanzgeschäfte unterliegen. Diese Unternehmen unterstünden auch nicht der Unternehmensaufsicht der Bafin.
Quelle: FAZ

13. **Streit um Nord Stream 2: Die USA wollen die Fertigstellung um jeden Preis verhindern**
Im Streit um die Gaspipeline sind die USA nicht kompromissbereit, betont die US-Botschaft in Berlin. Die Bundesregierung setzt das unter Druck.
Die Hoffnungen der Bundesregierung auf eine Einigung mit den USA über die umstrittene Gaspipeline Nord Stream 2 haben einen weiteren Dämpfer erhalten. Die amerikanische Regierung unter Joe Biden machte nun auch gegenüber der deutschen Öffentlichkeit deutlich, dass sie keine Möglichkeit für Kompromisse oder Koppelgeschäfte sieht, die den Widerstand der USA gegen das Projekt brechen würden.
Die neue Regierung in Washington sei „entschlossen, alle zur Verfügung stehenden Hebel einzusetzen, um die Fertigstellung von Nord Stream 2 zu verhindern", sagte der Sprecher der US-Botschaft in Berlin, Joseph Giordono- Scholz, dem Tagesspiegel.
Quelle: Tagesspiegel
14. **Iranverhandlungen in Wien: wenig hoffnungsvoll**
„Atomdeal" mit Iran – beide Seiten erheben Maximalforderungen
Für israelische Medien war die Sachlage schon am Sonntag klar: Israel habe die elektrischen Anlagen der iranischen Atomanlage Natanz so schwer wiegend

beschädigt, dass ein Grossteil der neu installierten Zentrifugen für die Urananreicherung jetzt unbrauchbar sei, schrieben etwa Haaretz oder die Jerusalem Post – und in gleichem Sinn äusserte sich der öffentlich-rechtliche Radiosender Kan. Wenn dies zutrifft, war es schon der dritte Anschlag, den der israelische Geheimdienst in Natanz bewerkstelligt hat: letztes Jahr ein Brand, Jahre davor die Sabotage mit dem Stuxnet-Virus.
Der jetzige Anschlag steht in direktem Zusammenhang mit den so genannten Atomverhandlungen in Wien – Israel will sie, koste es, was es wolle, ins Abseits laufen lassen. Als würden sie nicht schon tief genug in Schwierigkeiten stecken. Denn was am Sonntag aus „gut informierten Kreisen“ (je ein Mitglied der iranischen und der russischen Delegation gaben gezielte Indiskretionen preis) über die Erfolgsaussichten an die Öffentlichkeit drang, wirkt nicht hoffnungsvoll, im Gegenteil.
Quelle: Infosperber

15. **„Die Selbstgerechten” von Sahra Wagenknecht: Eine Kritik**
Sahra Wagenknecht hat mit „Die Selbstgerechten“ ein wichtiges und provokantes Buch veröffentlicht – für meinen Geschmack einen Tick zu provokant. Heikle Aussagen weichzuspülen oder mit vielen Worten wenig zu sagen, ist ihr nicht gegeben. Das hat ihr schon viel Ärger eingebracht und wird ihn ihr wohl auch diesmal einbringen. Langeweile kommt bei der Lektüre dieser Abrechnung mit dem linksliberalen Zeitgeist jedenfalls nicht auf.
„Die Selbstgerechten“ ist im längeren ersten Teil eine Anklageschrift gegen die pseudo-linke Intoleranz, die sich irreführend Linksliberalismus nennt. Im etwas kürzeren zweiten Teil, auf den der Untertitel „Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt“ verweist, stellt sie ihr links-konservatives Alternativprogramm zum individualistischen, „nicht-linken Illiberalismus“ vor.
Wagenknecht greift den Linksliberalismus frontal an. Sie führt ihn schonungslos als selbstgefälliges und eigensüchtiges Klienteldenken der akademischen Mittelschicht in den Großstädten vor. Sie entlarvt ihn als direkten Nachfolger des diskreditierten Neoliberalismus.
Quelle: Norbert Häring

Anmerkung unseres Lesers G.R.: *Eine wohltuende sowie differenzierte solidarische Kritik und Auseinandersetzung mit den Thesen von Sarah Wagenknecht.*